

# Atomkraft und Erdgas sind kein grünes Investment

## Bundesregierung und EU-Kommissar Johannes Hahn müssen Begünstigung von Atomkraft und Erdgas verhindern

**St. Pölten, am 21.4.2021: Heute verhandeln die EU-Kommissare über die Taxonomie-Verordnung. Dabei sollen die Atomkraft und das Erdgas als „Grüne Energie“ aufgenommen werden. „Die österreichische Regierung und unser österreichischer Kommissar Johannes Hahn müssen verhindern, dass Atomkraft und Erdgas den erneuerbaren Energien in der EU gleichgestellt werden und dafür Sorge tragen, dass beide aus der Taxonomie-Verordnung entfernt werden“, fordert Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft.**

Heute wird von den EU-Kommissaren über die Taxonomie-Verordnung verhandelt. Diese wird EU-Kriterien festlegen, die definieren, was unter einer nachhaltigen Geldveranlagung zu verstehen ist. Mit der Verordnung gibt es dann gewissermaßen ein Gütesiegel das aufzeigt, wann ein Investment in der EU offiziell als „grün“ gilt. Die Taxonomie-Verordnung soll dadurch zu einem wichtigen Instrument werden, damit Geld verstärkt in den ökologischen Umbau investiert wird.

### **Atomkraft und Erdgas sind keine „grünen“ Technologien**

In den heute als Verhandlungsgrundlage vorgelegten Entwurf ist sowohl die Atomkraft als auch das Erdgas enthalten. „Es kann unmöglich sein, dass Atomkraft und Erdgas an jenem Tag in einer Verordnung als „grüne“ Energie eingestuft werden sollen, an dem die

EU ihre neuen verschärften Klimaziele präsentiert“, bemerkt Moidl.

Weltweit schreitet das Divestment bei fossilen Energien mit großen Schritten voran. Die Taxonomie-Verordnung wäre ein wichtiges Instrument diesen Trend zu verstärken und den Klimaschutz weiter voranzutreiben. „Werden die Atomkraft und das Erdgas mit der Taxonomie-Verordnung klima- und umweltpolitisch in der EU mit einem grünen Mäntelchen versehen, würden diese Technologien den erneuerbaren Energien beinahe gleichgestellt. Das käme einer Vollbremsung bei der Energiewende gleich“, bemerkt Moidl: „Die Österreichische Bundesregierung und unser österreichischer Kommissar Johannes Hahn müssen diesen klima- und umweltpolitischen Wahnsinn verhindern.“